

Entscheide des Bundesgerichts, I. sowie II. sozialrechtliche Abteilung

Urteile veröffentlicht im Februar 2018

AHV

Urteil vom 11. Januar 2018

9C_443/2017

Massgebender Lohn; Lizenzgebühren; Unkostenanteil

Art. 9, Art. 23 AHVV

Einordnung von Lizenzgebühren als Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit (E. 5). Wenn im Rahmen einer Arbeitgeberkontrolle das Vorliegen von unselbständigen Erwerbseinkommen festgestellt wird, ist gegebenenfalls ein Unkostenanteil zu bestimmen (E. 6.2)

Urteil vom 15. Januar 2018

9C_871/2017

Eingetragene Partnerschaft; Anspruch auf Hinterlassenenleistung

Art. 13a ATSG

Art. 23 und Art. 24 AHVG widersprechen dem Prinzip der Gleichbehandlung von Mann und Frau, sind indessen nach Art. 190 BV für das Bundesgericht massgebend (E. 5.2.1). Die in Art. 13a ATSG vorgesehene Regelung, wonach nur Witwerrenten ausgerichtet werden, ist für das Bundesgericht massgebend (E. 5.2.2)

IV

Urteil vom 20. Dezember 2017

8C_429/2017

Rentenanpassung; hypothetischer Wechsel ausschliesslich in den Aufgabenbereich

Art. 17 ATSG, Art. 28a IVG

Statusfrage zur Wahl der Bemessungsmethode der Invalidität (E. 2.3). Das EMGR-Urteil vom 2. Februar 2016 (Urteil Di Trizio) betrifft ausschliesslich Fälle mit einem Statuswechsel hin zur Teilerwerbstätigkeit. Eine Wirkung darüber hinaus hat das Urteil nicht. Eine Rentenanpassung kann insoweit mit der Begründung vorgenommen werden, es werde die Invalidität ausschliesslich bezogen auf die Einschränkung im Aufgabenbereich ermittelt (E. 4).

Urteil vom 11. Januar 2018

9C_621/2017

Vergleichseinkommen, Invaliditätsgrad

Art. 16 ATSG

Invalideneinkommen; Zumutbarkeit der Aufgabe des bisherigen Betriebs; Tabellenlohn; Zumutbarkeit; Schadenminderungspflicht; Berufswechsel und Betriebsaufgabe (E. 2.2.1). Kriterien zur Berücksichtigung der Zumutbarkeit einer Betriebsaufgabe (E. 2.4).

Urteil vom 12. Januar 2018

9C_773/2016

Einordnung der beruflichen Massnahme in europarechtlicher Hinsicht; Gleichbehandlungsprinzip

Art. 16 Abs. 1 IVG

Die berufliche Massnahme nach Art. 16 IVG stellt eine Leistung im Sinn von Art. 3 Abs. 1 lit. c VO 883/2004 dar (E. 5.3). Die Bestimmungen des Titels III der VO 883/2004 finden auf die berufliche Eingliederung nach Art. 16 IVG keine Anwendung (E. 6). Die Verweigerung einer Leistung wegen fehlender Erfüllung der Voraussetzungen nach Art. 9 Abs. 2 IVG verletzt das Gleichbehandlungsprinzip nach Art. 4 VO 883/2004 nicht (E. 7).

Urteil vom 30. Januar 2018

8C_462/2017

Teilerwerbstätige; Bestimmung des massgebenden Valideneinkommens

Art. 27^{bis} Abs. 2-4 IVV

Bestimmung des Invaliditätsgrads bei teilerwerbstätigen Versicherten; Auswirkungen des Urteils Di Trizio (E. 5.1, 5.2). Bestimmung des Valideneinkommens durch eine Tätigkeit bei 100 % mit Wirkung ab 1. Januar 2018 (E. 5.3).

Urteil vom 1. Februar 2018

8C_460/2017

Fachliche Anforderung an Gutachterin und Gutachter

Art. 44 ATSG

Eine schweizerische Ausbildung beziehungsweise der FMH-Facharztstitel ist nicht Bedingung für Eignung einer Ärztin oder eines Arztes als Gutachtensperson in einer bestimmten medizinischen Disziplin; eine Fachausbildung kann auch im Ausland erworben werden (E. 5.5).

Urteil vom 9. Februar 2018

8C_580/2017

Umgang des kantonalen Versicherungsgerichts mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung

Art. 56 ATSG

Wenn ein kantonales Versicherungsgericht deutlich macht, dass es nicht gewillt ist, sich an die bundesgerichtliche Rechtsprechung zu halten, kann dies eine systemische Missachtung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung bedeuten (E. 3.4). Bei systematischer Missachtung der Rechtsprechung des Bundesgerichts kann die Beschwerdegegnerin angelastet werden; vielmehr sind die Kosten dem betreffenden Kanton aufzuerlegen (E. 6).

BV

Urteil vom 19. Januar 2018

9C_161/2017

Einrede der abgeurteilten Sache

Art. 82 Abs. 2 BVG

Klärung der Frage, ob im vorliegenden Fall eine bereits beurteilte Sache vorliegt (E. 6.1, 6.2)

Urteil vom 25. Januar 2018

9C_333/2017

Zuständigkeit der Vorsorgeeinrichtung; gesundheitlicher Vorbehalt beziehungsweise Verletzung der Anzeigepflicht

Art. 23 BVG, Art. 4 ff. VVG

In der überobligatorischen beruflichen Vorsorge sind keine rückwirkenden Gesundheitsvorbehalte zulässig. Wenn die versicherte Person bei der Aufnahme in die Vorsorgeeinrichtung unrichtige Angaben gemacht hat, bietet sich aus Sicht der Vorsorgeeinrichtung einzig der Rücktritt vom Vorsorgevertrag als Korrektiv an (E. 5.1).

Urteil vom 2. Februar 2018

9C_687/2017

Verwaltungskosten; Auferlegung an die versicherte Person; rechtliche Grundlage

Art. 86b BVG

Wenn der versicherten Person Verwaltungskosten auferlegt werden sollen, braucht es eine gesetzliche oder reglementarische Bestimmung. Art. 86b BVG reicht nicht aus, um der versicherten Person Verwaltungskosten aufzuerlegen (E. 6.3).

KV

Urteil vom 16. Januar 2018

9C_154/2017

Spezialitätenliste; 3-jährliche Überprüfung der Aufnahmebedingungen

Art. 34 KLV

Therapeutischer Quervergleich (TQV) (E. 4). Im Rahmen von Art. 34 Abs. 2 KLV ist ein Vergleich mit denjenigen Arzneimitteln durchzuführen, welche die gleiche Indikation oder eine ähnliche Wirkung haben (E. 5.3).

Urteil vom 2. Februar 2018

9C_214/2017

Verleihung einer Zahlstellenregister-Nummer (ZSR); Verantwortlichkeit von santésuisse

Art. 78 ATSG

Das System der ZSR-Nummer ist im Gesetz nicht ausdrücklich vorgesehen (E. 3.3.1). Die Verantwortlichkeit nach Art. 78 ATSG setzt die Widerrechtlichkeit voraus. Diese Voraussetzung wird nicht erfüllt, wenn eine Entscheidung im Gerichtsverfahren aufgehoben wird, weil sie nicht zutreffend beziehungsweise willkürlich ausgefallen ist (E. 4.1). Eine Verantwortlichkeit kann sich bei einer solchen Ausgangslage nur ergeben, wenn eine wesentliche Amtspflicht verletzt wurde (E. 4.3.1).

UV

Urteil vom 18. Januar 2018

8C_552/2017

Invalidität; Tabellenlohn; Leidensabzug

Art. 16 ATSG

Grundsätze für die Berücksichtigung des leidensbedingten Abzuges bei Tabellenlöhnen (E. 4.1).
Gesundheitliche Einschränkungen, die bereits bei der Beurteilung des medizinischen
Zumutbarkeitsprofils enthalten sind, können nicht zusätzlich in die Bemessung des leidensbedingten
Abzugs einfließen (E. 5.3.1). Allfällige Berücksichtigung des Alters beziehungsweise des Dienstalters
bei der Bestimmung des Leidensabzugs (E. 5.4).

Urteil vom 24. Januar 2018

8C_96/2017

Angriff in Bar; adäquate Kausalität zu psychischer Beeinträchtigung

Art. 4 ATSG

Einordnung des Unfalles in die Kategorien leichter Unfall/mittlerer Unfall/schwerer Unfall (E. 4).
Klärung der Frage, ob das Unfallereignis besonders eindrücklich war; die Kürze des Angriffs und der
Umstand, dass sich der Angreifer von hinten angenähert hat, ändern nichts am besonders
eindrücklichen Charakter des Ereignisses; betroffen war das Gesicht, das heisst eine besonders
empfindsame Körperregion (E. 5.3).

Urteil vom 6. Februar 2018

8C_624/2017

Neuropsychologie/Neurologie; erforderliche Abklärung

Art. 44 ATSG

Es gehört zum Aufgabenbereich des Neurologen, ein neuropsychologisches (Zusatz-)Gutachten
hinsichtlich seiner medizinisch-neurologischen Bedeutung zu bewerten. Neuropsychologische
Befunde sind als Zusatzbefunde in die Würdigung einzubeziehen (E. 9.1).

ALV

Urteil vom 6. Februar 2018

8C_809/2017

Vermittlungsfähigkeit; Vorbereitung zur Anwaltsprüfung

Art. 15 Abs. 1 AVIG

Umschreibung der Vermittlungsfähigkeit (E. 3). Im konkreten Fall fehlt wegen der Zeitspanne für die
Vorbereitung der schriftlichen beziehungsweise der mündlichen Anwaltsprüfung die
Vermittlungsfähigkeit (E. 4). Zwar kann die Vermittlungsfähigkeit während der Vorbereitung der
Anwaltsprüfung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden; im konkreten Fall steht indessen fest,

dass sich die betreffende in der interessierenden Zeitspanne hauptsächlich mit der Prüfungsvorbereitung beschäftigt hat (E. 4.4).